Redaktion und Administration: Krakau, Dunajewskigasse Nr. 5

Telefon: Tag 2314, Nacht 3546

Telegramm-Adresse: KRAKAUER ZEITUNG.

Postsparkassenkonto Nr. 144.538.

Zuschriften sind nur an die Adresse „Krakauer Zeitung" Krakau 1, Abt. für Militär, zu richten.

Manuskripte werden nicht rückgesandt.



KRAKAUER ZEITUNG

Einzelnummer . . . . 12 h

Monatsabonnement zum Abholen in der Administration K 3·—

Mit Postversand . . . K 3·60

Alleinige Inseratenannahme für Oesterreich-Ungarn (mit Ausnahme von Galizien und Polen) und das Ausland bei M. Dukes Nachf. A.-G. Wien 1., Wollzeile 16, für den Balkan bei der Balkan-Annoncenexpedition A. G. in Sofia.

ZUGLEICH AMTLICHES ORGAN DES K. U. K. MILITÄRKOMMANDOS KRAKAU.

IV. Jahrgang. Mittwoch, den 6. Februar 1918. Nr. 37.

Oesterr.-ung. Generalstabsbericht.

Amtlich wird verlautbart: 5. Februar 1918. Wien, 5. Februar 1918. (KB.)

Keine besonderen Ereignisse

Der Chef des Generalstabes.

Die wirtschaftliche Bedeutung eines Verständigungsfriedens.

(In französischer Darstellung.)

Alle kriegführenden Staaten wünschen im tiefsten Innern, wenn irgend möglich, eine Kriegsentschädigung zu erhalten. Denn die Opfer dieses Krieges sind nicht leicht zu ertragen, und auch jene Staaten, welche, wie die Mittelmächte, den Krieg nur verteidigungsweise geführt haben und sich daher mit Recht Sieger nennen können, wenn es ihnen gelungen ist, die feindlichen Angriffe abzuwehren, könnten dennoch mit gutem Rechte verlangen, daß die Gegner wenigstens die Kosten tragen. Dennoch haben sie sich — mit zeitlicher Beschränkung, unter der Bedingung, daß der Welt sofort der Friede geschenkt wird — bereit erklärt, auf Annexionen und Entschädigungen zu verzichten. Daß das Motiv hierfür ein Gefühl der Stärke und nicht ein Gefühl der Schwäche ist, geht am besten aus dem französischen Gegensatz hervor. Frankreich, das dem Gedanken des Verständigungsfriedens am allerhartnäckigsten widerstrebt, tut dies eingestandenermaßen aus Schwäche, nicht aus Stärke. In Frankreich gibt man zu, daß ein Friede ohne Annexionen ein Sieg der Mittelmächte wäre. Man könnte dies auch als eine stillschweigende Anerkennung der Tatsache auffassen, daß die Zentralmächte nur einen Verteidigungskrieg geführt haben. Aber so ist es nicht gemeint. Die Franzosen wissen nur, daß sie sich ökonomisch durch den Krieg zugrunde gerichtet haben, und glauben, daß Deutschland in wirtschaftlicher Beziehung stärker aus dem Kriege hervorgehen werde als irgendein europäischer Ententestaat.

„L'Information" gibt die Studie eines Herrn Hersent wieder, welche die wirtschaftlichen Folgen eines Verständigungsfriedens untersucht. Obzwar wir uns seine Schlußfolgerungen nicht völlig zu eigen machen können, da die ungeheuren Opfer des Krieges jeden Staat hart treffen müssen, erscheint es uns doch am Platze, die Argumentation wiederzugeben, da sie die französische Situation ein wenig aufrichtiger bespricht, als es sonst in Frankreich üblich ist, und in einem beachtenswerten Gegensatz steht zu der traditionellen Schwarzmalerei der Wirtschaft und der Finanzen der Mittelmächte.

Die wirtschaftlichen Konsequenzen eines Verständigungsfriedens werden von Hersent folgendermaßen gekennzeichnet: Die Vereinigten Staaten und Japan würden aus dem Kriege reicher als früher hervorgehen, infolge ihrer gewaltigen Exporte und der ungeheuren Verbesserung ihrer ökonomischen Ausrüstung, die dadurch gefördert wurden, daß die europäischen Staaten während mehrerer Jahre sich vom Weltmarkte zurückziehen mußten; ihre Finanzen seien gesund geblieben. (Ob das letztere für die Vereinigten Staaten seine Richtigkeit hat, mag dahingestellt bleiben.) England würde über gewaltige koloniale Reserven verfügen, über eine große, kriegserprobte Armee und Marine, aber seine Handelsflotte wäre reduziert, es hätte auf verschiedenen Märkten an Terrain verloren und überdies stände es dem schweren irischen Problem gegenüber. Rußland wäre trotz seines gewaltigen Gebietes und seiner unerschöpflichen Reichtümer in folge der herrschenden Anarchie auf Jahre hinaus von der Weltkonkurrenz ausgeschlossen. Belgien wäre vollkommen ruiniert. Italien, belastet mit einer finanziellen Bürde, die in keinem Verhältnis zu seinem Einkommen steht, ohne Handelsschiffe und Rohstoffe, müßte wieder unter das Joch des deutschen Kapitals zurückkehren. Und Frankreich, durch den erschöpfenden Krieg in allen seinen Lebensnerven getroffen, in seinem Arbeitermaterial, in seinen Finanzen, die schon früher durch die fast ausschließliche Verwendung seiner Kapitalien im Auslande auf eine schiefe Bahn geführt worden waren, in seinem Kredit durch die enormen Warenkäufe im Auslande, in seinem Nationaleinkommen durch die Verwüstung von elf seiner reichsten Departements, durch den Raubbau, der in der Textil-, der Zucker- und der Bergbauindustrie getrieben wurde, in seinem Grund und Boden, der zum Teile verlassen wurde, in seiner Handelsmarine, durch die erzwungene Einstellung jeder Bautätigkeit und die mangelhaften Erhaltungsarbeiten: Frankreich würde sich bei Einstellung der Feindseligkeiten in einem Zustande beklagenswerter Minderwertigkeit befinden.

Dagegen würde Dutschland aus dem Kriege mit unversehrtem Gebiete hervorgehen, seine „wirtschaftliche Hegemonie" über seine Bundesgenossen Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei hätte sich noch verstärkt, es wäre Herr des Donauweges und des Balkans. Die Blokade hätte ihm nur genützt, indem sie es zwang, die Entwicklung seiner Ausrüstung, seiner Produktion und seiner Technik zu steigern. Es würde über Vorräte in den neutralen Ländern verfügen. Sein Kartellsystem würde seine Bergwerke, Industrien und Handelsgesellschaften zum Weltkampfe befähigen.

Ein Verständigungsfriede bedeutet also einen deutschen Sieg, und darum kann Frankreich auf einen Verständigungsfrieden nicht eingehen. Die Entente muß siegen und den Mittelmächten ihre Bedingungen auferlegen. Dazu gehört vor allem, daß Deutschland die Schäden, die es Frankreich zugefügt hat, wieder gutmachen muß, und zwar nicht in Geld, sondern in natura, also mit Rohstoffen, Maschinen und mit seinen Arbeitskräften. Dazu gehört ferner der Wirtschaftskrieg, der zwar nicht Wirtschaftskrieg heißen soll, sondern Quarantaine. Wenigstens für drei Jahre soll Deutschland in moralischer Quarantaine gehalten werden, abgesperrt vom freien Handel mit den Ententemächten, bis es in sich gegangen ist und bereut, vor allem aber bezahlt hat und keinen Vorsprung mehr auf dem Weltmarkte erringen kann!

Es ist in dem Artikel nur von Wirtschaft die Rede, nicht von Politik, also auch nicht von Elsaß-Lothringen und den anderen Dingen, die die Franzosen gern möchten. So wahnsinnigen Vorstellungen gibt man sich in Frankreich noch hin, so blind ist man gegen das Mögliche. Und warum? Weil man, halb unbewußt, halb bewußt, aber doch ziemlich deutlich sieht, wie schlecht die gegenwärtige Situation für Frankreich ist. Frankreich sieht, daß es verspielt hat, und will daher nicht aufhören. Die Furcht ist es, die es so tapfer macht. Diese französische Gemütsstimmung — nicht unbegreiflich bei einem Volke, das seine große Vergangenheit unwiderbringlich verschwinden sieht — ist das hauptsächliche Hindernis, das dem Verständigungsfrieden entgegensteht.

TELEGRAMME.

Die Kriegsprogramm Amerikas.

Vollmacht für den Versailler Kriegsrat.

Amsterdam, 5. Februar. (KB.)

Ein hiesiges Blatt gibt eine New-Yorker Meldung der „Times" wieder, wonach Amerika bezüglich des Versailler Obersten Kriegsrates das Programm aufstellte, dass Amerika übereinstimmend mit der Entente dem Obersten Kriegsrat vollständige Vollmacht zur Durchfühung aller die wichtigen militärischen Operationen an der Westfront betreffenden Beschlüsse geben wird.

Senator Hughes gestorben.

New-York, 4. Februar. (KB.)

Senator Hughes, ein Freund Wilsons und der rührigste Vorkämpfer für Amerikas Beteiligung am Kriege, ist gestorben.

Fortdauer der Kämpfe in Finnland.

Stockholm, 5. Februar. (KB.)

Die Kämpfe zwischen der Weissen und der Roten Garde in Finnland dauern ununterbrochen mit wechselndem Glück fort. In der Umgebung von Helsingfors wogt ein unentschiedener blutiger Kampf. Die Regierungstruppen belagern Uleaborg, die Russen beschiessen Wiborg mit schwerer Artillerie.

Verhandlungsbericht aus Brest-Litowsk.

Die Frage der Selbständigkeit Polens.

Wien, 5. Februar. (KB.)

Das k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Brest-Litowsk vom 3. Februar:

Zu Beginn der heutigen Sitzung der deutsch - österreichisch - ungarisch - russischen politischen Kommission lud Staatssekretär von Kühlmann den Vorsitzenden der russischen Delegation ein, sich zur Frage der Zulassung von Vertretern der westlichen Randstaaten zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk zu äussern. Der frühere Standpunkt der Mittelmächte in dieser Angelegenheit sei vollkommen unverändert geblieben.

Trotzkij führte hierauf aus, die Frage der Zuziehung einer

Abordnung der polnischen Regierung

als Regierung eines selbständigen Staates zu den hiesigen Verhandlungen sei aufgetaucht, als die russische Delegation diesen Gegenstand gestreift hatte, um das Augenmerk darauf zu lenken, dass die deutsche und österreichisch-ungarische Delegation zwar die Selbständigkeit des polnischen Staates anerkennen, die Heranziehung einer Vertretung Polens zu Verhandlungen jedoch nicht angeregt hätten. Daraufhin hätte die Gegenpartei allerdings erklärt, dass sie diese Frage einer wohlwollenden Betrachtung unterziehen würde.

Hierauf fuhr Herr Trotzkij fort: Wir unsererseits erkennen die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der polnischen Staaten in vollem Umfange an, aber wir können nicht die Augen vor den Tatsachen verschliessen, dass diese Selbständigkeit nur eine scheinbare ist, so lange Polen unter dem Regime der Besetzung steht. Gerade deswegen, weil wir die Selbständigkeit des polnischen Volkes und seines Staates anerkennen, können wir, ohne die Selbständigkeit des polnischen Staates anzutasten, doch nicht diejenigen Vertreter, die durch den Willen der besetzenden Behörden eingesetzt worden sind, als Vertreter des polnischen Volkes ansehen. Bevollmächtigt zur Teilnahme an diesen Verhandlungen könnte er nur eine Vertretung Polens ansehen, die sich auf die breiten Massen stützen würde. Er möchte darauf aufmerksam machen, dass die russische Delegation, wenn sie die Regierung des Herrn Kucharzewski nicht als bevollmächtigte Regierung des polnischen Volkes ansehe, damit durchaus nicht sage, dass sie die Unabhängigkeit des polnischen Staates und des polnischen Volkes nicht anerkenne.

In Erwiderung hierauf wies Staatssekretär von Kühlmann zuerst auf die Aeusserungen hin, welche die Vertreter der Mittelmächte bei den Kommissionssitzungen am 11. und 15. Jänner zu dieser Frage abgegeben hatten. Anknüpfend hieran bemerkte der Staatssekretär, er glaube, einen gewissen Fortschritt darin erkennen zu können, dass Herr Trotzkij die Selbständigkeit des polnischen Staates in vollem Umfange anerkannt habe. Wenn der Herr Vorsitzende der russischen Delegation auch für die anderen

westlichen Randvölker Russlands

die Selbständigkeit anerkennen wollte, so würden die Verhandlungen hiemit einen erheblichen Schritt vorwärts kommen.

Auf eine Bemerkung Trotzkijs reagierend, wonach die Regierungen der Mittelmächte die neue finnische Regierung noch nicht anerkannt hätten, wies Herr v. Kühlmann darauf hin, dass er über

die Vorgänge in Finnland

noch nicht genügend unterrichtet sei, dass ihm aber von zuverlässiger finnischer Seite Klagen darüber zugekommen seien, dass die russische Armee dort in die inneren Kämpfe eingegriffen habe, und dass mehrfach geäusserte Wünsche auf Zurückziehung der russischen Truppen vom finnischen Territorium von der russischen Regierung nicht in befriedigender Weise beantwortet worden seien. Die Stellungnahme zu den durch die Ereignisse in Finnland geschaffenen Zuständen müsse daher vorbehalten bleiben.

Minister des Aeussern Graf Czernin wies darauf hin, dass Herr Trotzkij die ganz richtige Unterscheidung zwischen den Staaten und deren Regierungen gemacht habe. Herr Trotzkij erkenne nun die Selbständigkeit des polnischen Staates an, wolle jedoch das Recht der dort bestehenden Regierung, diesen Staat zu vertreten, nicht anerkennen. Mit Befriedigung konstatierte Graf Czernin, dass Herr Trotzkij mit seinen heutigen Erklärungen wenigstens die Existenz und Selbständigkeit des polnischen Staates anerkannt habe, womit eine Annäherung der beiderseitigen Standpunkte angebahnt zu sein scheine. Dagegen vermöge er nicht zuzugeben, dass die Frage, ob die gegenwärtige polnische Regierung den polnischen Staat zu vertreten berechtigt sei, dem Schiedsspruche einer dritten Regierung unterliege.

Zur finnländischen Frage bemerkte hierauf Herr Trotzkij, die Petersburger Regierung habe die Unabhängigkeit Finnlands während des Krieges anerkannt, so dass sich damals noch Truppenteile, die an diesem Kriege teilnahmen, auf finnländischem Boden befanden. Als der finnische Senat sich mit der Bitte um Anerkennung der Selbständigkeit Finnlands nach Petersburg gewendet habe, hätte dieser selbst den Gedanken geäussert, die Truppen erst nach Abschluss des Krieges abzuziehen, falls es nicht aus militärischen Rücksichten möglich wäre, sie schon früher wegzuführen. Zur Herbeiführung eines Einvernehmens hierüber, wurde eine Kommission gebildet. Als nun in Finnland die Revolution der Arbeitermassen begann, habe sich die finnische Sozialdemokratie an die russischen Truppen mit dem Wunsche gewendet, dass sich diese nicht in Kämpfe einmischen möchten. Diesem Wunsche entsprechend sei auch ein Telegramm an die finnische Regierung abgegangen, es sei aber nicht ausgeschlossen, dass zwischen Abteilungen der russischen Truppen und Teilen der finnischen Bürgerarmee Zusammenstösse stattgefunden hätten. Doch leugne er, dass diese Zusammenstösse irgend welchen Einfluss auf die ganz inneren Kämpfe in Finnland hätten haben können.

Was die Frage der Heranziehung polnischer Vertreter betreffe, so werde an die russische Delegation die Frage gerichtet, ob sie die Unabhängigkeit Polens anerkenne oder nicht. Es sei klar, dass diese Frage eine Zweideutigkeit enthalte. Er erkenne in vollem Umfange und unbeschränkt das Recht des polnischen Volkes an, selbständig und unabhängig zu existieren, aber er wolle nicht die Augen davor verschliessen, dass dieser polnische Staat jetzt von fremden Truppen besetzt sei und dass die sogenannte polnische Regierung sich nur innerhalb der Grenzen bewegen dürfe, die ihr von oben her gesteckt werden. Entweder sei der polnische Staat ein Staat, dann müsse er geographische Grenzen haben. Wenn das polnische Königreich ein Königreich sei, dann müsse es einen König haben: Wenn ein Staat weder Grenzen noch König habe, dann sei es kein Staat und kein Königreich. Man habe es hier mit noch nicht endgültig gestalteten Verhältnissen zu tun. Auf die Bemerkung des Herrn Vorsitzenden der österreichisch-ungarischen Delegation habe er zu erwidern, dass seine Regierung durchaus nicht als Schiedsrichter in dieser Frage auftreten wolle; sie schlage nur einen Weg für die Nachprüfung der Berechtigung der polnischen Regierung vor.

In Erwiderung hierauf führte

Minister des Aeusseren Graf Czernin

aus, es sei notwendig, darauf hinzuweisen, dass die Delegationen der verhandelnden Mächte nicht hieher gekommen seien, um einen geistigen Ringkampf aufzuführen, sondern um zu versuchen, ob und inwieweit es möglich sei, zu einer Verständigung zu gelangen. Er müsse erneuert bemerken, dass es für den Vertreter eines Staates nicht tunlich sei, festzustellen, inwieweit in einem anderen Staate die dort bestehende Regierung zurecht besteht. Die Fortsetzung der Diskussion über diese Frage sei seiner Ansicht nach unfruchtbar. Auf den polnischen Staat angewendet, müsse er darauf hinweisen, dass dieser Staat in Entwicklung begriffen und dass dessen Entwicklungsprozess noch nicht abgeschlossen sei, weshalb dieser, wie Herr Trotzkij ganz richtig bemerkt habe, auch keine feststehenden Grenzen habe. Andrerseits habe jedoch auch die russische Republik, die in Entwicklung begriffen sei, noch keine feststehenden Grenzen, was aber die Mächte des Vierbundes nicht hindere, mit der gegenwärtigen russischen Regierung bereits zu verhandeln, ohne sich in die Prüfung ihrer Legitimität einzulassen. Wenn Herr Trotzkij gegen die Mächte des Vierbundes den Vorwurf zu erheben scheine, dass diese die neue finnische Regierung nicht anerkennen, so müsse er feststellen, dass ihm eine solche Absicht nicht bekannt sei. Dass die Mächte des Vierbundes übrigens auch mit Regierungen verhandeln, die sie für ziemlich radikal halten, gehe aus der Tatsache der Brester Verhandlungen zur Genüge hervor.

Staatssekretär von Kühlmann fügt bei, dass die zweite Erklärung des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation bestätigt habe, dass es schwer sei, ohne den Wortlaut soweit reichender Erklärungen vor sich zu haben, sich ein sicheres Urteil über das Gesagte zu bilden. Da ein Widerspruch in den Erklärungen eines so geschulten Dialektikers wie des Vorredners wahrscheinlich ausgeschlossen sei, so liege offenbar ein Missverständnis von seiner Seite vor. Aus der ersten Erklärung des Herrn Trotzkij hätte er den Eindruck gewonnen, als hätte dieser damit rückhaltslos und in vollem Umfange die Selbständigkeit des polnischen Staates anerkannt. Nun aber habe Herr Trotzkij in einer zweiten Erklärung dann ausgeführt, dass Polen mangels fester Grenzen und mangels eines Königs weder ein Staat noch ein Königreich sei.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

„Der Verdacht“ betitelt sich ein neuer Uher-Film, der gegenwärtig im Kino „Wanda“ läuft. Wir haben an dieser Stelle schon wiederholt auf die Tatsache hingewiesen, daß die ungarische Filmindustrie berufen ist, nach dem Kriege den Weltmarkt zu erobern und heute schon die österreichischen und deutschen Fabrikate weit übertrifft. Auch dieser Film weist alle Vorzüge der ungarischen Filme auf: Glänzende Aufnahmen, meisterhaftes Spiel, klare logische und dabei doch spannende Handlung. Die beiden Hauptdarsteller Fräulein Szentgörgy und Herr Fenyvessi bieten zwei Glanzleistungen in diesem wundervollen Drama, das die grimmigsten Gegner des Kinos zu bekehren imstande ist.

Kriegsbilder. Vom offiziellen Kriegsbilderwerk „Oesterreich-Ungarns Wehrmacht im Kriege“, welches der Pressedienst des k. u. k. Kriegsministeriums herausgegeben hat, befinden sich über dreissig Bilder in der Redaktion der „Krakauer Zeitung“, woselbst sie zum Preise von K 2·— bis K 4·50 erhältlich sind. Die Bilder eignen sich ganz hervorragend zum Ausschmücken von Kanzleiräumen und Zimmern und sind in Dreifarbendruck und in färbiger Lithographie nach Gemälden unserer ersten Meister hergestellt.

Militärisches.

Vorläufige Belassung einziger geeigneter männlicher Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben von demnächst zur Einrückung verpflichteten Jahrgängen 1900—1894 können die Vorstände politischer Bezirksbehörden verfügen, wenn dieser Betrieb von dem Betreffenden als Hauptberuf geführt wird und im Falle der Einrückung des Betreffenden auch nicht durch eine andere verfügbare eventuell weibliche Arbeitskraft fortgeführt werden könnte, so daß eine Fortführung durch die Einrückung dauernd unmöglich gemacht würde. Die endgültige Zuerkennung dieser Ausnahmsanordnungen wird dem k. k. Ministerium für Landesverteidigung vorbehalten.

Das Kriegsgebiet in Tirol. Das Armeeoberkommando hat im Einvernehmen mit dem Kriegsministerium verfügt: Mit 15. Jänner 1918 werden folgende politische Bezirke in Tirol aus dem Bereiche der Armee im Felde ausgeschieden: Reutte, Imst, Innsbruck, Schwaz, Kufstein, Kitzbühel, Brixen, Brunneck, Ampezzo und Lienz. Mit 15. Jänner 1918 verbleibt daher von Tirol im Bereiche der Armee im Felde das Gebiet südlich und einschließlich der politischen Bezirke Landeck, Schlandern, Meran, Bozen und Cavalese. Das Land Vorarlberg bleibt wie bisher im Bereiche der Armee im Felde.

Eingesendet.

Kleine Chronik.

In Finnland ist die Lage andauernd ernst. Die telegraphische Verbindung von Helsingfors nach Petersburg ist unterbrochen. Man nimmt an, dass neue grosse Truppentransporte von Petersburg nach Finnland unterwegs sind.

Trotzkij ist in Helsingfors eingetroffen und erklärte in einer Ansprache, dass das Smolny-Institut die Revolution kräftig unterstützen werde.

Die finnländische Bank wurde vom Volkskommissariat gewaltsam eröffnet.

Die polnischen Legionen in Russland brachten dem Hauptquartier der Ostfront offiziell zur Kenntnis, dass sie sich mit den Maximalisten als im Kriegszustand befindlich betrachten.

Eine Einberufung des deutschen Reichstages auf Antrag der beiden sozialdemokratischen Fraktionen wird nicht erfolgen.

Abg. Dittmann wurde wegen Landesverrates zu fünf Jahren und wegen Widerstandes gegen die Staatsverwaltung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Verschiedenes.

Neapel ohne Trinkwasser. Aus einer Zuschrift eines Ingenieurs an „Matino“ geht hervor, dass in Neapel am 24. Dezember am Capo di Monte ein Erdrutsch erfolgt ist, durch den die einzige Wasserleitung, die Neapel mit Trinkwasser versorgt, unterbrochen ist. Die Ausbesserungsarbeiten, die, wie die Zuschrift betont, nicht mit Umsicht und sehr langsam ausgeführt worden sind, nahmen einen ganzen Monat in Anspruch, sodass Neapel bis zum 24. Jänner 1918 ohne Wasser war. Die Zuschrift macht darauf aufmerksam, dass die Wasserleitung an vielen Stellen in ganz bedenklichem Zustand ist, sodass eine baldige Wiederholung der Katastrophe gar nicht ausgeschlossen ist.

Theater, Literatur und Kunst.

„Walka o zdrowie“ (**„Der Kampf um die Gesundheit“**) heisst die neue, im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau des Landes vom Landesvereine des Roten Kreuzes in Krakau gegründete, der Hygiene und der sozialen Fürsorge gewidmete Monatsschrift. — Die Zeitschrift will um sich herum Männer aller Stände und Berufe scharen, die auf medizinischem, sanitär-technischem, volksstatistischem Gebiete, in Bezug auf Populationspolitik, Jugenderziehung, soziale Fürsorge und öffentliche Wohltätigkeit, Versicherungswesen etc. was zu sagen haben. Redaktion und Administration: Krakau, Basztowa 6. Abonnementspreis: jährlich 20 Kronen; Einzelheft 2 K.

„Polen“, Wochenschrift für polnische Interessen. Redaktion und Administration Wien I., Wipplingerstrasse 12. Herausgeber: Geh. Rat. Univ. Prof. Dr. Ladislaus Leopold Ritter von Jaworski. Preis 60 h. Nummer 160 vom 25. Jänner 1918, 4. Jahrgang. Inhalt: Grenzsicherung und Selbstbestimmung — Oesterreich-Ungarn und die Polen — Eine lehrreiche Woche. — Aus dem Königreich Polen — Aus der politischen Tageschronik — Vom Lesetisch des Krieges — Wirtschaftliche Mitteilungen — Kleine Mitteilungen.

6. Februar.

Vor drei Jahren.

Kämpfe an der Karpathenfront und in der Bukowina; russische Angriffe an der ostpreussischen Grenze und südlich der Weichsel abgewiesen. — Französische Angriffe nördlich Massiges und in den Argonnen gescheitert. — Russen räumen nach einer Niederlage im Kaukasus den Tschorok-Bezirk; Kämpfe am Suezkanal.

Vor zwei Jahren.

Vergebliche russische Angriffe auf dem östlichen Scharaufer. — Erfolge im Kaukasus.

Vor einem Jahre.

Deutsche Flieger belegen erfolgreich Albert, Amiens, Aveluy, Bray, feindliche erfolglos Guiscard, Bussy, Noyon und Ropri mit Bomben. — Wilson fordert die Neutralen zu einem Protest gegen Deutschlands Schädigung des neutralen Handels auf.

DAS BRILLENGLAS

Kriminalroman aus dem Bulgarischen von A. Nabratoff.

(44. Fortsetzung). (Nachdruck verboten).

Sie will eine hastige Bewegung nach vorn machen, um zu entfliehen, doch schon steht das Tier unmittelbar vor ihr und nimmt eine derartig drohende Haltung ein, daß Nadejda sich nicht mehr zu rühren wagt, sondern vor Schreck wie versteinert stehen bleibt. Deutlich spürt sie den heißen Atem des wütenden Hundes, dessen unheimliches Grollen und Knurren keinen Zweifel darüber aufkommen läßt, daß er zu einem tätlichen Angriff übergehen würde, falls Nadejda Miene machen sollte, die Treppe noch weiter hinaufzuklettern.

Das Weinen ist ihr nahe. All ihr schöner Mut ist dahin, sie hat jetzt nur noch den einen Gedanken: Wer schafft mir den gräßlichen Hund vom Halse? Das Herz klopft ihr bis zum Zerspringen, und die Kniee fangen ihr an zu zittern. Was soll sie tun? Das Tier durch Schmeicheleien beruhigen oder nach Hilfe rufen? Bei der leisesten Bewegung verstärkt sich des Hundes Geknurr. Horch — da geht wieder eine Tür. Gott sei Dank! — Es kommt jemand. Man hört Schritte schlürfen, sie kommen näher. Es ist eine alte Frau, die ein dickes Tuch um den Kopf gebunden hat. Sie stützt sich auf einen Stock. Deutlich hört Nadejda das Aufschlagen der Stockspitze auf den Steinfliesen. Der grauschwarze Hund spitzt die Ohren, dann legt er den Kopf lauschend zur Seite, seine Aufmerksamkeit scheint jetzt abgelenkt zu werden. Man hört die Stimme der alten Frau rufen:

„Batoff — Batoff! Wo steckst Du denn? I — Du ungezogener Kerl, was machst Du denn für einen Lärm — schämst Du Dich nicht? Gleich kommst Du her — willst Du herkommen! Willst Du herkommen — Du ungezogenes Tier!“

Die Alte hebt den Kopf. Ihre schwachen Augen erkennen im Halbdunkel auf der Treppe die Umrisse einer fremden Person, die ihr Hund gestellt hat. Die Frau ist erschrocken. Sie vermutet einen unliebsamen Eindringling. Aengstlich zetert ihre Stimme:

„Was ist denn los? Wer ist denn da? Ruhig jetzt — Batoff! Willst Du wohl still sein! — Willst Du gleich still sein! Wer sind Sie denn? Was wollen Sie hier? Suchen Sie jemanden? — Kommst Du her — ich hole gleich den Stock!“

Die sehr energisch hervorgebrachte Drohung der alten Frau hat wenigstens den Erfolg, daß der mit dem Namen Batoff gerufene Hund mit eingezogenem Schwanz, freilich immer noch knurrend, den Rückzug antritt und zu seiner Herrin kommt.

Wie von einem Alp befreit atmet Nadejda sichtlich erleichtert auf. Sie vermag kaum zu sprechen, so verängstigt ist sie, und es kostet ihr Mühe, ein paar Worte hervorzubringen, die sie freilich so hastig und unverständlich hervorsprudelt, daß die Alte sie gar nicht versteht, sondern dadurch nur noch in ihrem Verdacht bestärkt wird, daß die fremde Person im Hause nichts zu suchen hat und nicht weiß, welche Ausrede sie vorbringen soll.

„Wenn Sie hier nichts zu suchen haben, was wollen Sie denn dann eigentlich? Machen Sie, daß Sie zur Haustür hinauskommen, sonst rufe ich den Wirt. Herumspionieren gibt's hier nicht, verstanden!“

Der Hund fängt wieder an zu knurren und macht abermals den Versuch, die Treppe heraufzuspringen. Doch die alte Frau packt ihn am Fell und zerrt ihn nach dem Hausflur hinter. Rasselnd hört man eine Tür aufschließen, und mit Scheltworten jagt die Frau den Hund in einen Raum, in den sie ihn einsperrt. Diesen Vorgang benutzt Nadejda, um zu entfliehen. Auf und davon jagt sie, als wenn Furien hinter ihr her wären, und ehe die alte Frau sich noch weiter um sie bekümmern kann, ist sie schon wieder zur offenen Haustür hinaus, springt förmlich die paar Treppenstufen hinunter, läuft quer über die Gasse und weiter, immer weiter, wieder durch jenen Kistenbauhof, hindurch, vor nach dem „Boulevard“.

Die Tränen stehen ihr in den Augen — ein Glück nur, daß man sie hinter dem dichten Schleier nicht erkennen kann. Nadejda Ilieff hatte sich ihre Tätigkeit als weiblicher Privatdetektiv doch etwas zu leicht vorgestellt, und daß ihre interessante Entdeckungsreise einen so jähen und unrühmlichen Abschluß nehmen würde, das freilich hatte sie nicht geglaubt. — —

Noch ganz außer Atem vom schnellen Laufen, blieb sie jetzt einen Augenblick am Schaufenster eines Buchbinderladens stehen, um sich ein wenig zu verschnaufen.

Plötzlich fühlte sie sich leicht am Aermel berührt und wandte heftig erschrocken den Kopf zur Seite.

„Mein Kompliment, Fräulein Nadejda. Sie haben sich gut verkleidet, freilich noch immer nicht so gut, daß ich Sie nicht erkennen würde.“

Es war Dr. Daghileff, der heimlich Nadejda Ilieff gefolgt war, indem er sich unauffällig in der Nähe von deren Haus aufgestellt hatte, um ihr im Notfalle als Helfer zur Seite stehen zu können. Er wußte ja genau die Zeit, zu welcher Nadejda ihrer Schwester nachgehen wollte.

(Fortsetzung folgt.)

FINANZ und HANDEL.

Einen Gesetzentwurf über die Elektrizitätswirtschaft hat die Regierung im Abgeordnetenhause eingebracht. Der Hauptzweck des Gesetzes ist, die Ausnützung der Elektrizität mit allen Kräften zu fördern und die Entstehung neuer Unternehmungen zu begünstigen.

Der polnische Regentschaftsrat gegen den Verkauf polnischer Gruben an Deutschland. Der teils beabsichtigte, teils durchgeführte Verkauf mehrerer im Dombrowaer Becken gelegenen Kohlengruben an das deutsche Kapital hat in Polen und selbst in Galizien eine nachhaltige Bewegung hervorgerufen. Die Polen stehen auf dem Standpunkt, daß, wenn auch die Gruben gegenwärtig von den deutschen Militärbehörden verwaltet werden, die Deutschen doch nicht berechtigt seien, darüber endgültig zu verfügen. Es sei zwar richtig, daß es sich in den in Betracht kommenden Fällen hauptsächlich um einen Besitz feindlicher Angehöriger handelt, und zwar französischer und französisch-italienischer Gesellschaften. Tatsächlich bilde aber das Dombrowaer Kohlenbecken einen wichtigen Teil des polnischen Nationalreichtums, und der beabsichtigte Verkauf an das deutsche Großkapital flößt den Polen um so größere Besorgnis ein, als von den deutschen Annexionisten in der letzten Zeit die Einverleibung dieses Gebietes verlangt worden ist. Man befürchtet daher, daß, wenn schon nicht an eine politische, so doch an eine wirtschaftliche Annexion gedacht werden könnte. Deshalb hat der polnische Regentschaftsrat, wie berichtet wird, in der letzten Zeit bei den deutschen Okkupationsbehörden wiederholt energisch interveniert und, da er bei der deutschen Militärverwaltung kein besonderes Entgegenkommen gefunden hatte, sich auch an den Reichskanzler Grafen Hertling gewendet. Soviel steht schon jetzt fest, daß der polnischen Regierung bei gleichen Bedingungen auf die erwähnten Gruben ein Vorkaufsrecht eingeräumt werden wird.

Einschränkung der türkischen Feigen- und Traubenausfuhr. Auf Grund eines Ministerratsbeschlusses wurde die Ausfuhr von Trauben und Feigen auf ein Drittel der Erzeugung eingeschränkt, um das Steigen der Preise zu verhindern.

Programm der „Literarischen Kurse" im Musikinstitute

Annagasse 2.

Dienstag, 5. Februar: F. Feikel: „Legende des polnischen Ulanentums".
Mittwoch, 6. Februar: Prof. Dr. Grabowski: „Ueber Mickiewicz (Fortsetzung.)
Anfang 6 Uhr abends.
Eintrittskarten à 1 K, für die Schuljugend 50 h in der Kanzlei des Musikinstitutes.

Programm der Vorträge im wissenschaftlichen Kollegium.

Rynek gł. A-B 39.

Dienstag, 5. Februar: Prof. Ger. Feliński: „Shakespeare und seine Dramen".
Mittwoch, 6. Februar: Red. Dr. Ant. Beaupré: „Alfred de Vigny und Chateaubriard".
Beginn der Vorträge um 7 Uhr abends.
Eintrittspreis 50 h, Schülerkarte 30 h, Monatskarte 10 K, für Schüler 6 K.

Spielplan des jüdischen Theaters.

Bocheńska 7.
Direktion: A. Zollmann.
Beginn 1/28 Uhr abends.

Dienstag, den 5. Februar: „Ben Hador".
Mittwoch, den 6. Februar: Benefize-Abend des hier beliebten Komikers und Tänzers Herrn Scheffner: „Das Lied der Liebe".
Donnerstag, den 7. Februar: „Das 10. Gebot".

Kinoschau.

„WANDA", Ul. św. Gertrudy 5. — Programm vom 4. bis einschliesslich 10. Februar:
Die Verlobung der Schwestern. Komödie in 2 Akten — Der Verdacht. Drama in 4 Akten.



Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Erwin Engel. Drukarnia Ludowa, Krakau.